

Nation aus Nationen

Institut für Staatspolitik*

Es überrascht angesichts der amerikakritischen, wenn nicht amerikafeindlichen Stimmung in großen Teilen der europäischen Intelligenz, daß sie trotzdem die USA als eines der normativen „Beispiele multikultureller Gesellschaften“ (Jürgen Habermas) begreift. Das erklärt sich nicht nur aus ihrer Funktion als Bezugspunkt aller Modernität, sondern auch aus der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten das erste Beispiel für eine aus verschiedenen Ethnien zusammengesetzte Gesellschaft unter europäischer Dominanz außerhalb der Kolonialgebiete Afrikas, Asiens und Australiens waren. An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert konnte ein deutscher Autor noch mit Genugtuung feststellen, nur Europa erfreue sich unter allen Kontinenten „des abnormen Glückes, von einer einheitlichen, homogenen Rasse bewohnt zu sein“ (Albert Haas).

Daß ihnen solche Homogenität fehlte war den Nordamerikanern immer bewußt. Seit dem Unabhängigkeitskrieg gab es vor allem Auseinandersetzungen über die Stellung der Indianer einerseits, der Schwarzen andererseits, und dann über die Folgen der Zuwanderung. Aber die beiden ersten Probleme schienen durch die Beseitigung der Sklaverei und dann den prozentualen Rückgang des schwarzen wie des indianischen Bevölkerungsanteils weitgehend beseitigt, das dritte erregte nur in unregelmäßigen Abständen öffentliches Interesse. Zwar hatte es schon 1790 die ersten *Alien and Sedition Acts* gegeben, die den Zustrom weiterer Menschen in die junge Republik beschränken sollten, aber während des 19. Jahrhunderts sah man die Vorherrschaft der WASP – der *White Anglo Saxon Protestants* – kaum in Gefahr. Die übliche Haltung war bestimmt von Desinteresse oder wirtschaftlichem Kalkül. Schärfere Abwehrreaktionen gab es nur im Fall eines unerwarteten und sprunghaften Anstiegs der Einwandererzahlen oder infolge politischer Krisen. So entstand die „nativistische Bewegung“ in den 1840er und 1850er Jahren als Folge des massiven Zustroms politischer Flüchtlinge aus Zentraleuropa.

* Auszug aus der Studie „Das hier ist Krieg“ – *Die Rassenunruhen in Frankreich und die Zukunft der multikulturellen Gesellschaft*, Wissenschaftliche Reihe des Instituts für Staatspolitik, Heft 9, Schnellroda 2005.

Jürgen Habermas und Gerhard Schröder: *Einbeziehung des Anderen*, Essen 1998.

Obwohl es auch heftige Ausbrüche von Antisemitismus, Polen- und Italienerfeindlichkeit gab, wurde der Versuch, die Einwanderung bestimmter Gruppen ganz unmöglich zu machen, auf Asiaten beschränkt. Zwischen 1882 und 1902 erließ der Kongreß fünf *Chinese Exclusion Acts*, die chinesischen Arbeitern (die lange Zeit für den Eisenbahnbau unverzichtbar gewesen waren) den Zuzug verbot. Bereits im Land befindlichen wurde die Staatsbürgerschaft verweigert. Auswirkungen hatte diese Gesetzgebung auch auf die Behandlung von Japanern, denen ab 1908 der Zuzug versagt wurde; soweit sie sich schon in den USA aufhielten und naturalisiert waren, schloß man sie von der Wahrnehmung bestimmter Rechte aus, Kinder japanischer Herkunft durften zum Beispiel in Kalifornien nicht am allgemeinen Schulunterricht teilnehmen.

Die ganze bis zur Quotenregelung von 1924 erlassene Einwanderungsgesetzgebung ging ausdrücklich oder uneingestanden von dem Prinzip aus, daß nur das Hinzutreten bestimmter ethnischer Gruppen im Hinblick auf die künftige Zusammensetzung der nordamerikanischen Bevölkerung wünschenswert sei. Im Hintergrund stand eine massive „rasenhygienische“ Propaganda. Aber populär im eigentlichen Sinn war diese Strömung nicht, obwohl die ihrem Geist verpflichteten Beschränkungen zum Teil bis in die vierziger Jahre in Kraft blieben.

Jeder strenge Nativismus hatte von vornherein mit dem Problem zu kämpfen, daß er das amerikanische Selbstverständnis in einem entscheidenden Punkt in Frage stellte. Soweit die USA sich als „Nation aus Nationen“ begriffen und ihr Sendungsbewußtsein aus dem demokratischen Pathos speisten, mußte jede Abschottung in Spannung zur Idee universaler Gleichheit treten. Dieser latente Vorbehalt war auch feststellbar im Hinblick auf jene Strömung, die dem Nativismus in manchem verwandt, aber von ihm an anderer Stelle doch deutlich verschieden war: der „Amerikanisierungsbewegung“. Wie unter den Einwanderungsgegnern gab es auch unter den Verfechtern der *americanization* viele, die sich Sorgen um die Proportionen der ethnischen Anteile in der Bevölkerung machten, aber ihr Optimismus war groß, daß die Assimilation gelingen würde, so wie sie in der Vergangenheit immer gelungen war.

Dem entsprach die Vorstellung von den USA als *melting pot* – „Schmelztiegel“, in dem die einzelnen Nationen und Kulturen aufgingen. Der Begriff ist wahrscheinlich auf ein Theaterstück des englischen Autors Israel Zangwill zurückzuführen, das 1908 in Washington uraufgeführt wurde.

Seine Aktualität gewann er dadurch, daß das kulturelle Selbstverständnis, das die Einwanderer mitbrachten, immer deutlicher von der kulturellen Norm – die nach wie vor von Weißen angelsächsischer Herkunft, protestantischer Konfession bestimmt wurde – abwich und man die Ghettobildung bestimmter Gruppen, nicht nur der verfeimten Asiaten, sondern auch der Italiener, Polen und Juden, deutlicher als Problem zu sehen lernte.

Es lag in der Logik dieser Entwicklung, daß die Amerikanisierungsbewegung mit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten 1917 einen massiven Aufschwung erlebte. Der konnte sich in Pogromen gegen deutsche Einwanderer, dem radikalen Druck auf fremdsprachige Zeitungen oder dem Verbot muttersprachlichen Unterrichts in den Schulen äußern. Ganz offensichtlich gingen die hochgespannten Erwartungen der Amerikanisierungsbefürworter nicht in Erfüllung. Weder hatten sich die Migranten in kürzester Zeit den amerikanischen Verhältnissen angepaßt, noch war ihnen zu garantieren, daß das Erlernen der englischen Sprache einen raschen sozialen Aufstieg verhieß.

In dieser Situation verlangten einige radikale Gruppen die zwangsweise Amerikanisierung, während sich gleichzeitig eine Umwertung der Forderung nach *americanization* ins Negative bemerkbar machte. Eine wachsende Zahl von Intellektuellen verlangte die stärkere Berücksichtigung des kulturellen Erbes der verschiedenen Migrantengruppen.

Seit den 1920er Jahren hatten sich damit in bezug auf die Einwanderungsfrage drei „Parteien“ gebildet:

1. Die Nativisten, die entweder gar keine oder nur eine äußerst restriktiv gehandhabte Migration dulden wollten. Sie hielten eine erfolgreiche Eingliederung derjenigen für ausgeschlossen, die ei-

Mae M. Ngai: *American Immigration law: A Re-examination on the Immigration Act of 1924*, in: *The Journal of American History* 86 (1999).

Richard Conant Harper: *The Course of the Melting Pot Idea to 1910*, New York 1980.

Dietrich Herrmann: „*Be an American!*“ *Amerikanisierungsbewegung und Theorien zur Einwandererintegration*, Nordamerikastudien, Bd 1, Frankfurt a.M. und New York 1996.

nen besonders hohen Grad an Fremdheit dem „Amerikanertum“ gegenüber aufwiesen. Sie beriefen sich entweder auf die rassische oder die kulturelle Überlegenheit der WASP; häufig war eine Kombination aus beiden Begründungen.

2. Die Amerikanisierer, die Einwanderung grundsätzlich bejahten, aber eine – mehr oder weniger vollständige – Anpassung an das geltende amerikanische Normensystem verlangten. Eine derartige Position konnte, mußte aber nicht mit dem Verlangen nach Ausschluß bestimmter Ethnien einhergehen.
3. Die Multikulturalisten (ein Begriff, der hier *avant la lettre* verwendet wird, da er erst nach dem Zweiten Weltkrieg und zwar in Europa entstand), die die Auffassung vertraten, daß das kulturelle Erbe der Migranten dem der Amerikaner grundsätzlich gleichwertig sei. Assimilation wurde – etwa im Hinblick auf die Sprache – nur aus pragmatischen Gründen gefordert.

Die Gruppe der Nativisten hat seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs fast jeden Einfluß auf die amerikanische Politik verloren. Das zeigte sich nicht nur an der Aufhebung der Zuwanderungsquoten nach ethnischen Gesichtspunkten, sondern wirkte sich auch auf die Behandlung der „Rassenfrage“ im Inneren des Landes aus. Nachdem weder der schwarze noch der indianische Bevölkerungsanteil ausgestorben oder vollständig aufgesogen worden war, sondern deutlichen Zuwachs zu verzeichnen hatte, und die zum Teil bis in die sechziger Jahre geltende Gesetzgebung gegen Mischehen und für die Segregation die Zustimmung der Öffentlichkeit verlor, setzte mit den friedlichen und gewaltsamen Protesten der Bürgerrechtsbewegung das Bemühen ein, vor allem die Schwarzen stärker in das Gesellschaftsleben zu integrieren und sie insofern zu amerikanisieren.

Ein Vorgang, der von Teilen der schwarzen US-Bürger aber zurückgewiesen wurde, die darin einen neuen, wenngleich getarnten Versuch der Unterdrückung sahen. Sie organisierten sich in militanten Bewegungen wie der *Black Panther Party* oder der *Nation of Islam*, die sehr früh ein Recht auf vollständige politische und kulturelle Selbstbestimmung bis hin zur Separation in einem „schwarzen Staat“ erhoben.

Während derartige Projekte immer nur von einer Minderheit unterstützt wurden, gab es doch gleichzeitig sehr wirkungsvolle Versuche, das ursprüngliche Anliegen des *Civil Rights Movement* – Gleichberechtigung – in die Forderung nach Sonderrechten für rassische Teilgruppen zu überführen. Seit dem Ende der sechziger Jahre wurde von der Bundesregierung ein unter der Bezeichnung *affirmative action* bekannt gewordenes Programm eingeführt, das zuerst nur Schwarzen, später aber auch anderen ethnischen Gruppen sowie gesellschaftlichen „Minderheiten“ (Frauen, Homosexuellen, Behinderten etc.) eine bevorzugte Behandlung bei der Vergabe von Arbeits- und Studienplätzen, Beförderungen, Firmenaufträgen, Sozialwohnungen etc. einräumte.

Parallel zu diesem Veränderungsprozeß setzten sich die Multikulturalisten als dominierende Richtung durch. Sie etablierten im Namen des „Pluralismus“ eine Vielzahl von alternativen Orientierungsmustern und stellten jede Forderung nach Integration unter den Verdacht des „Rassismus“. Diese Entwicklung hat aber in den achtziger Jahren ihre ganze Problematik enthüllt. Dabei gerieten vor allem drei Tendenzen in die Kritik:

1. Die zunehmende kulturelle Fragmentierung durch die formale Gleichberechtigung aller möglichen kulturellen Spielarten neben der bis dahin als verbindlich betrachteten „westlichen“, also europäischen.
2. Die zunehmende ethnische Fragmentierung, bedingt durch die Einwanderung immer neuer, immer weniger assimilationsbereiter Gruppen, deren Geburtenraten zum Teil außerordentlich hoch sind; in dem Zusammenhang spielte und spielt die illegale Einwanderung aus Mexiko eine wichtige Rolle, die faktisch zur (Re-)Hispanisierung des Südens der USA geführt hat.
3. Die zunehmende politische Fragmentierung nicht nur durch die Sonderrechte für ethnische Minderheiten, sondern auch durch den besonderen Charakter der Konflikte, in die die Vereinigten Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges verwickelt wurden;

Charles Taylor: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, zuletzt Frankfurt a.M. 1993.

der von Samuel Huntington beschworene *clash of civilisations* hat Folgen für den Innen- wie den Außenbereich.

Die Vorstellung, daß die Vereinigten Staaten von einem *disuniting* bedroht seien, faßte seitdem auch im liberalen Milieu Fuß. Hinzu kam die Virulenz des seit dem Beginn der *new immigration* bestehenden Sprachproblems, vor allem im Hinblick auf den außerordentlich starken Zustrom von legalen und illegalen mexikanischen Einwanderern. In den vergangenen vierzig Jahren ist der Anteil der aus Lateinamerika stammenden Migranten von etwa zwanzig auf fünfzig Prozent der Einwanderer überhaupt angestiegen. In einigen Bundesstaaten wie Texas und Kalifornien haben bereits ganze Regionen eine spanischsprechende Mehrheit. Versuche, diesen Zustrom zu bremsen oder wenigstens zu kanalisieren, sind ausnahmslos gescheitert. Zu attraktiv ist die Beschäftigung der *Hispanics* in einfachen Arbeitsverhältnissen.

Die Problematik der sozialen Lage dieser Gruppe ist bloß mit der der Schwarzen zu vergleichen, die allerdings in vielem noch bedrohlicher erscheint. Zwar hat *affirmative action* zur Entstehung einer sehr schmalen schwarzen Ober- und einer etwas breiteren Mittelschicht geführt, aber die große Masse der Schwarzen – sie stellt etwa 13 Prozent der Bevölkerung – lebt nach wie vor in erbärmlichen Verhältnissen. Das Einkommen einer schwarzen Familie lag im Jahr 2003 durchschnittlich bei 33.525

US-Dollar, das einer weißen bei 54.633. Die Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit ist für Schwarze ungleich höher als für Weiße, ihr Anteil an Bildungsabschlüssen ungleich geringer. Hinzu kommen alle Anzeichen sozialer Zerrüttung: die Wahrscheinlichkeit einer Abtreibung liegt bei einer schwarzen Frau doppelt so hoch wie bei einer weißen, zwei Drittel aller schwarzen Kinder werden unehelich geboren, fast die Hälfte der Jugendlichen wächst ohne Vater auf. Die Kindersterblichkeit ist beinahe doppelt so hoch wie in weißen Familien. Bei einem Bevölkerungsanteil von 13 Prozent stellen die Schwarzen mehr als 40 Prozent aller Häftlinge, 45,7 Prozent der im Jahr 2001 wegen Mordes Einsitzenden waren schwarz, 9,8 Prozent weiß.

Die Sonderstellung der Schwarzen im ethnischen Aufbau der Vereinigten Staaten erklärt auch, warum die früher selbstverständlich geübte Solidarität – etwa im Rahmen der die Demokratische Partei unterstützenden „Regenbogenkoalition“ – längst zerstört ist. Dazu hat nicht zuletzt die aggressive Wendung der Schwarzen gegen andere Minoritäten beigetragen. Schon früh richtete sich ein auch, aber nicht nur mit dem Einfluß der *Black Muslims* in Verbindung stehender Affekt gegen die jüdische Gemeinde. Eine wichtigere Rolle spielt außerdem die Feindseligkeit gegenüber den asiatischen Einwanderern. Deren Verhalten entspricht in keiner Weise der Vorstellung, die man sich von einer unterprivilegierten und am Aufstieg gehinderten Minderheit macht. Ähnlich der kollektiven Karriere des amerikanischen Judentums ist seit den sechziger Jahren ein Prozeß zu beobachten, bei dem vor allem die aus Japan, China, Vietnam, Korea und Indien stammenden Migranten den sozialen Abstand zu den Weißen nicht nur aufholen, sondern in vielen Fällen – etwa beim Anteil der Collegeabsolventen – sogar überbieten.

Angesichts dieser Entwicklungen in den USA gerät ein Faktum immer stärker aus dem Blick: die Tatsache, daß die Weißen mittelfristig eine Minorität sein werden. In Kalifornien ist ihr Anteil an der Bevölkerung schon 1999 unter die Fünfzigprozentmarke gefallen, bis zum Jahr 2010 soll er sich auf vierzig Prozent verringern, bis zur Mitte des Jahrhunderts wird dieser Stand in den Vereinigten Staaten allgemein erreicht sein.

Arthur R. Schlesinger: *The Disuniting of America. Reflections on a multicultural society*, New York 1998.



Polizisten bei Rassenunruhen in Memphis, 1965

Victor Davis Hanson: *Mexifornia. A State of Becoming*, San Francisco 2003.